

Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch 1991

HERAUSGEGEBEN VON DER GENERALVERWALTUNG
DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT · MÜNCHEN
VERLAG VANDENHOECK & RUPRECHT · GÖTTINGEN

Inhalt

Perspektiven

HANS F. ZACHER: Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozeß der deutschen Einigung	11
ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER: Die Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Rechts	24
CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD: Vom Ei zum Organismus – Prinzipien der biologischen Gestaltbildung am Beispiel der Fliege	37
CHRISTOPH LUITPOLD FROMMEL: Die Ausgrabungen von S. Lorenzo in Damaso . . .	53
JOACHIM E. TRÜMPER: Bizarre Röntgenquellen im Kosmos – Erste Ergebnisse von ROSAT	75

Tätigkeitsbericht

Forschungspolitik und Forschungsplanung	93
---	----

Biologisch-Medizinische Sektion

MPI für Biochemie, Martinsried bei München	113
MPI für Biologie, Tübingen	132
MPI für Biophysik, Frankfurt/Main	139
Klinische Arbeitsgruppe für Blutgerinnung und Thrombose am Klinikum der Universität Gießen, Gießen	146
MPI für experimentelle Endokrinologie, Hannover	151

MPI für Entwicklungsbiologie, Tübingen	154
MPI für Ernährungsphysiologie, Dortmund	162
Friedrich-Miescher-Laboratorium in der Max-Planck-Gesellschaft, Tübingen	166
MPI für molekulare Genetik, Berlin	171
MPI für Hirnforschung, Frankfurt/Main	181
Forschungsstelle für Humanethologie in der Max-Planck-Gesellschaft, Andechs	188
MPI für Immunbiologie, Freiburg	191
MPI für biologische Kybernetik, Tübingen	195
MPI für Limnologie, Plön	203
Max-Delbrück-Laboratorium in der Max-Planck-Gesellschaft, Köln	209
MPI für experimentelle Medizin, Göttingen	213
MPI für medizinische Forschung, Heidelberg	223
Arbeitsgruppen für strukturelle Molekularbiologie, Hamburg	230
MPI für neurologische Forschung, Köln	234
MPI für physiologische und klinische Forschung, W. G. Kerckhoff-Institut, Bad Nauheim	239
MPI für Psychiatrie, München	249
MPI für Psycholinguistik, Nijmegen	258
Klinische Arbeitsgruppe Biologische Regulation der Wirt-Tumor-Interaktion an der Medizinischen Klinik der Universität Göttingen, Göttingen	262
Klinische Arbeitsgruppen für Rheumatologie an der III. Medizinischen Klinik der Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen	264
MPI für Systemphysiologie, Dortmund	267
MPI für Verhaltensphysiologie, Seewiesen	270
MPI für Zellbiologie, Ladenburg bei Heidelberg	279
MPI für Züchtungsforschung, Köln	283

Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion

MPI für Aeronomie, Katlenburg-Lindau	291
MPI für Astronomie, Heidelberg-Königstuhl	299
MPI für Astrophysik, Garching bei München	303

MPI für Chemie (Otto-Hahn-Institut), Mainz	314
MPI für biophysikalische Chemie (Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut), Göttingen	327
MPI für Eisenforschung GmbH, Düsseldorf	339
MPI für Festkörperforschung, Stuttgart	350
Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin	359
Gmelin-Institut für Anorganische Chemie und Grenzgebiete der Max-Planck-Gesellschaft, Frankfurt/Main	368
Forschungsstelle Gottstein in der Max-Planck-Gesellschaft, München	372
MPI für Informatik, Saarbrücken	374
MPI für Kernphysik, Heidelberg	376
MPI für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr	390
MPI für Mathematik, Bonn	397
MPI für Metallforschung, Stuttgart	402
MPI für Meteorologie, Hamburg	425
MPI für Physik (Werner-Heisenberg-Institut), München	430
MPI für extraterrestrische Physik, Garching bei München	438
MPI für Plasmaphysik, Garching bei München	446
MPI für Polymerforschung, Mainz	461
MPI für Quantenoptik, Garching bei München	474
MPI für Radioastronomie, Bonn	481
MPI für Strahlenchemie, Mülheim/Ruhr	487
MPI für Strömungsforschung, Göttingen	493

Geisteswissenschaftliche Sektion

Projektgruppe für Kognitive Anthropologie in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin	503
Bibliotheca Hertziana – MPI, Rom	507
MPI für Bildungsforschung, Berlin	511
MPI für psychologische Forschung, München	517
MPI für Geschichte, Göttingen	523

MPI für Gesellschaftsforschung, Köln	529
MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, München	532
MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg	537
MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt/Main	542
MPI für ausländisches und internationales Sozialrecht, München	545
MPI für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg	548
MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg	552

Weitere Einrichtungen

Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin	557
Garching-Instrumente – Gesellschaft zur industriellen Nutzung von Forschungsergebnissen mbH, München	559
Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH, Göttingen	560

Anhang

Aufbau und Aufgabenstellung der Max-Planck-Gesellschaft	563
Organe der Gesellschaft	565
Geographische Verteilung der Max-Planck-Institute	571

Ab 1991 erscheinen die Veröffentlichungen der Institute in einem separaten Band.

Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozeß der deutschen Einigung

Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. HANS F. ZACHER
bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft
am 7. Juni 1991 in Berlin

I.

Herr Regierender Bürgermeister, Herr Bundesminister, sehr verehrte Damen und Herren!

Die Hauptversammlung 1991 ist die erste Hauptversammlung nach der Vereinigung Deutschlands. Und sie ist die erste Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft im wiedervereinigten Berlin. Zum ersten Mal kann die Max-Planck-Gesellschaft in diesen Teil Deutschlands, in diesen Teil Berlins und in dieses Haus kommen, um ihre Jahresversammlung abzuhalten. Und dies in der Stadt, in der sie vor 80 Jahren als Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet worden ist.

Am 11. Oktober 1910 hatte die Universität Berlin das erste Jahrhundert ihres Bestehens gefeiert. Dabei hatte Wilhelm II. in einer von Adolf Harnack verfaßten Rede gesagt:

„... der Plan Humboldts, der über die Universität hinaus die Gesamtheit wissenschaftlicher Veranstaltungen umfaßte, ist noch nicht voll zur Wirklichkeit geworden, ... Sein großer Wissenschaftsplan verlangt neben der Akademie der Wissenschaften und der Universität selbständige Forschungsinstitute als integrierende Teile des wissenschaftlichen Gesamtorganismus. Die Gründung solcher Institute hat ... mit der Entwicklung der Universitäten nicht Schritt gehalten und diese Lücke ... wirkt ... immer empfindlicher. Wir bedürfen Anstalten, die über den Rahmen der Hochschulen hinausgehen und ... lediglich der Forschung dienen. ... ich halte es für meine landesväterliche Pflicht, das allgemeine Interesse für dieses Unternehmen zu erbitten. ... Ich hoffe und vertraue fest, daß das Werk gelingen wird, sind mir doch ... schon jetzt aus den verschiedenen Teilen des Landes ... sehr ansehnliche Mittel ... zur Verfügung gestellt worden. ... Um dem Unternehmen aber dauernde Förderung zu sichern, ist es mein Wunsch, unter meinem Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu begründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt. ... Daß den zu gründenden Instituten, soweit erforderlich, auch staatliche Hilfe nicht fehle, wird die Sorge meiner Regierung sein.“

Die Grundlinien, die heute noch das Wesen der Max-Planck-Gesellschaft bestimmen, waren gezeichnet.

Am 11. Januar 1911 fand auf Einladung des Ministers der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten Trott zu Solz im großen Sitzungssaal der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin die Gründungsversammlung statt. Am 23. Januar 1911 trat der Senat der Kaiser-Wilhelm-

Gesellschaft im Kultusministerium zu seiner ersten Sitzung zusammen. Adolf Harnack wurde zum Präsidenten gewählt. Noch im gleichen Jahr wurden die ersten beiden Kaiser-Wilhelm-Institute für Berlin beschlossen. Berlin war zum Vorort der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geworden.

1912 fand die erste Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin statt. Auch mit den weiteren Hauptversammlungen blieb man zunächst in Berlin: bis 1926. Erst von 1927 an ging man auf die Reise: nach Dresden, München, Potsdam, Heidelberg, Frankfurt/M., Düsseldorf, Stuttgart und Köln. Aber dazwischen traf man sich doch immer wieder in Berlin. Am 31. Mai 1938 war die letzte Hauptversammlung in Berlin. Darauf folgte noch eine Hauptversammlung: am 23. Mai 1939 in Breslau. Die Hauptversammlung 1940 war für Graz vorgesehen gewesen. Wegen des Krieges kam sie nicht mehr zustande.

Der Krieg und der Zusammenbruch des Reiches vertrieben die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus Berlin. Hatte sie 1939 dort 13 Institute unterhalten, so waren am Ende des Krieges nur Reste – vor allem der Kaiser-Wilhelm-Institute für physikalische Chemie und Elektrochemie, für Silikatforschung, für Physik und für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht – in Berlin geblieben. Die Generalverwaltung war im Februar 1945 von Berlin nach Göttingen gegangen. Und das Vier-Mächte-Regime, das nunmehr über Deutschland als Ganzes und über Berlin im besonderen herrschte, stand einer Rückführung der Institute ebenso im Wege wie einer Rückführung der Generalverwaltung.

Es ist hier nicht die Zeit, um die Schwierigkeiten zu beschreiben, die zu überwinden waren, um die Forscher der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die nunmehr in den westlichen Besatzungszonen fortlebten und – nach Möglichkeit – fortwirkten, und das, was an Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dort fortbestand, in der Max-Planck-Gesellschaft zu sammeln, zu bewahren und erneut zu fördern. Ebenso wenig ist es möglich, hier das Schicksal der Forscher der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu beschreiben, die 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone lebten, und der Einrichtungen, die dort lagen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte dort keine Zukunft – auch nicht, wie im Westen, die Chance eines Neubeginns. Schließlich ist es auch nicht möglich, alle die Wege und Umwege zu beschreiben, die hier in Berlin 1945 und danach von den Resten der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute über die „Deutsche Forschungshochschule“ zur Max-Planck-Gesellschaft geführt haben. Sie gingen 1953 durch ein Übereinkommen zwischen dem Land Berlin, der Deutschen Forschungshochschule und der Max-Planck-Gesellschaft zu Ende.

Damit war der Weg frei geworden für die erste Hauptversammlung, welche die Max-Planck-Gesellschaft am 21. Mai 1953 in Berlin abhalten konnte. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, begrüßte die Max-Planck-Gesellschaft. Die Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vergegenwärtigte sich noch einmal auf einducksvolle Weise. Otto Hahn war Präsident. Einer der Gründerväter, Staatsminister Schmidt-Ott, nahm an der Hauptversammlung teil. Max von Laue dankte den Mitarbeitern der Deutschen Forschungshochschule für ihren Dienst in der Übergangszeit. Otto Warburg hielt den Festvortrag „Über die chemische Konstitution der Atmungsfermente“. Die amerikanische Besatzungsmacht hatte das Harnack-Haus in Berlin-Dahlem für einige Tage zur Verfügung gestellt.

Mit der Hauptversammlung 1961 kehrte die Max-Planck-Gesellschaft erneut nach Berlin zurück. Hatte sich die Max-Planck-Gesellschaft von 1950 an vorgenommen, ihre Hauptversammlung jedes Jahr in einem anderen der elf Bundesländer abzuhalten, so unterbrach sie diesen Rhythmus für Berlin. Sie wollte daran erinnern, daß 50 Jahre vorher in Berlin die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet worden war. Die Max-Planck-Gesellschaft etablierte damit die Tradition, die Dezennien der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer in Berlin zu feiern. Auch 1971 und 1981 fand deshalb die Hauptversammlung in Berlin statt. Und der Ort für die Hauptversammlung 1991 war kraft dieser Tradition längst bestimmt, ehe von der deutschen Einigung die Rede war. Um so beglückender empfinden wir, daß aus der Hauptversammlung 1991 nunmehr *die* Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft geworden ist, in der sie weiß, sie kann die Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nunmehr wieder in ganz Deutschland fortführen.

II.

Ich bin sicher, daß alle, denen das Protokoll ein Recht darauf gibt, nun von mir zuerst begrüßt zu werden, mit mir darin übereinstimmen, wenn ich in der Freude dieser Stunde davon abweiche. Ich begrüße heute vor allen anderen die Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern und dem Osten Berlins, die heute zum ersten Mal bei uns sein können. Ich begrüße die Repräsentanten der Wissenschaft in den neuen Bundesländern. Namentlich kann ich hier nur Herrn Parthier, den Präsidenten der Leopoldina nennen, die in Zeiten der Trennung eine so einzigartige Brücke geblieben und mit dem Fall der Mauer zum wichtigsten Katalysator wechselseitigen Erkennens geworden war. Ich heiße die Rektoren der Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins willkommen. Mit vielen verbindet uns schon gute Zusammenarbeit. Ich begrüße den sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Professor Meyer, sowie die Staatssekretäre und alle Vertreter der Wissenschaftsverwaltung, die aus den neuen Bundesländern zu uns gekommen sind. Ich danke an dieser Stelle noch einmal gerade den Wissenschaftsministern der neuen Bundesländer für ihre große Gesprächsbreitschaft. Eine Ehre ist es uns, daß auch eine Reihe von Abgeordneten der Landtage der neuen Bundesländer den Weg zu uns gefunden haben. An ihrer Spitze begrüße ich den Präsidenten des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Prachtl. Wer von uns hätte vor zwei Jahren zu träumen gewagt, daß der oberste Repräsentant des frei gewählten Parlaments eines Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zur Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft kommen kann! Mit den so Hervorgehobenen zusammen begrüße ich alle, die – kraft welcher Eigenschaft auch immer – aus den neuen Bundesländern heute hierher gekommen sind.

Erlauben Sie mir, mich nunmehr Berlin zuzuwenden: der Stadt, deren Gast wir in diesen Tagen sind; der Stadt, der wir durch Anfänge und Wirken der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und durch unsere Institute so sehr verbunden sind; der Stadt, die unter der Teilung Deutschlands in so einzigartiger Weise gelitten hat; der Stadt, die für uns alle, aus welchem Teil Deutschlands wir auch kommen mögen, eine so vertraute und eine so fremde Seite hat; dem Land, dem der Prozeß der deutschen Einigung Lasten aufbürdet, die unvergleichlich sind. Herr Regierender Bürgermeister, ich danke Ihnen, daß sie zu uns gekommen sind, ich danke Ihnen und zu Ihren Händen dem

Land Berlin noch einmal für alle Unterstützung, welche die Hauptversammlung hier gefunden hat, und für die Gastfreundschaft, die das Land und Sie uns gestern Abend erwiesen haben. Ich danke Ihnen für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Ich begrüße die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und insbesondere seinen Präsidenten, die uns durch ihre Anwesenheit auszeichnen.

Sie alle mögen in diesem Augenblick ein Wort des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft dazu erwarten, ob diese beabsichtigt, ihren Sitz an den Sitz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zurückzuführen. Ich muß Sie enttäuschen. Gewiß wird sich die Max-Planck-Gesellschaft darüber Rechenschaft geben müssen. Für die Diskussion darüber ist die Entscheidung über die Hauptstadtfrage jedoch eine so zentrale Prämisse, daß ich eine Erörterung nicht für sinnvoll halte, ehe über die Hauptstadtfrage entschieden ist.

Ich danke Ihnen, Herr Bundesminister Riesenhuber, für die Geduld, mit der Sie es ertragen haben, daß ich mich – um dem historischen Tag gerecht zu werden – erst jetzt den Repräsentanten der Bunderepublik und der alten Bundesländer zuwende. Wir freuen uns, Herr Bundesminister, daß sie unter uns sind. Wir danken Ihnen für Ihre Rede und, zu Ihren Händen, der Bundesregierung für ihre Grüße. Wir sind glücklich, eine Persönlichkeit Ihrer Kompetenz an Ihrem Platz zu wissen. Ganz besonders danke ich Ihnen für die Atmosphäre der Sachlichkeit und der Offenheit, welche die Beziehungen zwischen Ihnen und der Max-Planck-Gesellschaft, wie die Beziehungen zwischen Ihnen und den Wissenschaftsorganisationen überhaupt, kennzeichnet. Wir werden diese Ihre Bereitschaft zum ehrlichen Austausch der Argumente gerade in dieser Zeit brauchen, in der uns die Forschungsfinanzpolitik des Bundes Sorgen bereitet. Und ich bin zuversichtlich: die Sachlichkeit und Offenheit unserer Beziehung werden sich gerade auch jetzt bewähren. Freilich kommt es uns auch auf den Erfolg an.

Dankbar begrüße ich alle Politiker aus den alten Ländern. Ich weiß, daß der Zwiespalt zwischen der Teilhabe der Länder an der gesamtstaatlichen Forschungsfinanzierung und dem regionalpolitischen Interesse der Länder für Sie alle immer schwieriger wird. Die Leistung, welche die Max-Planck-Gesellschaft diesem Gemeinwesen und dieser Gesellschaft erbringen kann, hängt jedoch davon ab, daß die Landesregierungen und die Landesparlamente diese Spannung aushalten und den Rock ihrer gesamtstaatlichen Mitverantwortung nicht ihres regionalpolitischen Hemdes wegen ausziehen. So sind wir – unserer Aufgabe wegen – jedem von Ihnen, der diese staatsmännische oder „staatsfrauliche“ Leistung aufbringt, zu besonderem Dank verpflichtet.

Ich heiße alle anderen Repräsentanten des Staates und der gesellschaftlichen Kräfte in der Bunderepublik und in den alten Ländern willkommen. Darunter sind Persönlichkeiten hohen und höchsten öffentlichen Ranges. Darunter sind gute, bewährte Freunde der Max-Planck-Gesellschaft. Ich bin gleichwohl sicher, ich handle mit ihrem Einverständnis, wenn ich darauf verzichte, weitere Namen zu nennen. Jeder einzelne sollte wissen, daß wir aufmerksam wahrnehmen und daß es uns wichtig ist, daß er es auf sich genommen hat, heute bei uns zu sein.

Mit kollegialer Herzlichkeit heiße ich die Repräsentanten der Wissenschaftsorganisationen und der Universitäten willkommen. Ganz besonders gilt das für Sie, lieber Herr *Markl*. Sie sind nun seit 1986 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In dieser Zeit haben Sie im Erdenken, Dis-

kutieren und Artikulieren dessen, was die Wissenschaft der Gesellschaft und dem Gemeinwesen zu sagen hat, aber auch im Erdenken, Diskutieren und Artikulieren dessen, was die Wissenschaft sich selbst zu sagen hat, mehr noch als schon früher eine herausragende Stellung in unserem Lande, aber auch in der internationalen Gemeinschaft eingenommen. Ihr Amt geht in diesem Jahre zu Ende. Sie sind zum letzten Mal als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter uns. Und obwohl ich sicher bin, daß es auch in Zukunft viele Anlässe geben wird, Ihnen zu begegnen und Sie unter uns zu haben, zählt die Stunde jetzt doch schon zu den Anfängen des vermutlich langen Abschieds, der in diesen Monaten vor Ihnen liegt. Lassen Sie mich deshalb jetzt schon für das ganz Ungewöhnliche an Integration der Wissenschaft, das Sie geleistet haben und leisten, danken.

Auch Ihnen, Herr Simon, schulden wir einen besonderen Gruß. Sie sind als Präsident des Wissenschaftsrates zusammen mit dem Wissenschaftsrat in eine Phase der Last und der Verantwortung eingetreten, die bis in den Herbst 1989 hinein ganz unvorstellbar war. Sie haben den Mut gehabt und haben den Mut, das große Gemeinschaftswerk der deutschen Wissenschaft anzuleiten, das Artikel 38 des Einigungsvertrags mit den Worten umschreibt:

„Der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen ... dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat, ...“

Sie haben damit eine zentrale Verantwortung im Rahmen einer komplexen politischen und wissenschaftlichen Aufgabe übernommen, für die von vornherein klar war, daß – wie immer man sie angeht – das Mißverhältnis zwischen den Problemen und den denkbaren Lösungen nicht überwunden werden kann. Aber auch ein anderes war klar: dieser Aufgabe aus dem Wege zu gehen, beläßt nur die Probleme und bringt keine Lösungen. Ich glaube, wir schulden Ihnen, allen Mitgliedern des Wissenschaftsrats und all den vielen, die sich mit Ihnen dieser Herausforderung gestellt haben, die Bekundung unseres Dankes und unserer Solidarität.

Ich begrüße Herrn Lüst – in diesem Kontext als Präsidenten der Alexander von Humboldt-Stiftung. Ich begrüße die Präsidenten der Akademien der Wissenschaften in den alten Bundesländern, die im Traditionsgefüge der Wissenschaften in der Bundesrepublik einen so herausragenden Platz einnehmen. Und ich begrüße alle Präsidenten und Rektoren der Hochschulen aus den alten Bundesländern.

Ich begrüße alle Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Ganz besonders freut es uns, daß Herr Zhou unter uns ist, der Präsident der Academia Sinica, mit der die Max-Planck-Gesellschaft seit langem in fruchtbarer Beziehung steht.

Wir haben in erfreulicher Zahl Vertreter des Diplomatischen Korps und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften unter uns. Ich darf dies als Zeichen internationaler Aufmerksamkeit für unsere Arbeit und internationaler Bereitschaft zur Kooperation mit uns bewerten. Ich danke Ihnen allen ganz besonders für Ihr Kommen.

Eine Organisation wie die Max-Planck-Gesellschaft ist auf intensiven Austausch mit der öffentlichen Meinung angewiesen. Die Spannung zwi-

schen Forschungshoffnung und Forschungsangst, die unsere Gesellschaft kennzeichnet, kann nur in Zusammenarbeit mit den Medien überwunden werden. Wir freuen uns daher über jeden Partner aus dem Bereich der Medien, der das Gespräch mit uns sucht. Ich danke allen, die heute da sind. Aber ich bitte Sie auch, unsere Bereitschaft zu Information und Meinungsaustausch auch sonst zu nutzen. Sie ist groß: in den Instituten, bei den einzelnen Wissenschaftlern, in der Generalverwaltung und an der Spitze der Gesellschaft.

Schließlich darf über der Freude an den Gästen die eigene Familie nicht zu kurz kommen. Ich begrüße alle hier, die der Max-Planck-Gesellschaft angehören. Ich begrüße die Fördernden Mitglieder. Die gesellschaftliche Basis, die sie uns geben, ermöglicht und prägt unsere Eigenart, und ihr Interesse gibt uns – gerade auch wenn es ein kritisches ist – viele Impulse. Ich begrüße alle Wissenschaftlichen Mitglieder und alle anderen Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft. Ihre Forschungsleistung ist unsere ausschließliche Rechtfertigung – die Rechtfertigung der Ressourcen, die wir bekommen, und die Rechtfertigung des Ansehens, das wir genießen. Ich begrüße alle anderen Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft, ohne deren Arbeit die wissenschaftliche Leistung nicht denkbar wäre. Ich begrüße alle, die ihr Leben teilen: die Ehefrauen der Kollegen und die Ehemänner der Kolleginnen. Ein jeder von uns weiß von sich selbst, welchen Anteil an unserer Leistung und an unserer Gemeinschaft sie haben.

Ich begrüße alle, die in der Max-Planck-Gesellschaft besondere Verantwortung tragen. Es drängt mich, von einigen der beglückenden Erfahrungen Zeugnis abzulegen, die ich in dem Jahr, in dem ich nun Präsident der Max-Planck-Gesellschaft bin, gemacht habe. Da ist die Erfahrung der hilfreichen Solidarität, mit der mich alle meine Vorgänger – von Herrn Staab über Herrn Lüst bis hin zu unserem Ehrenpräsidenten Butenandt – in diesem meinem ersten Amtsjahr gestützt haben, und für die ich ihnen hier Dank sagen möchte. Es liegt mir daran, zu betonen, wie schön es war, zu erleben, wie diese kritische Loyalität immer untrennbar der Max-Planck-Gesellschaft und dem, der jetzt ihr Präsident ist, gegolten hat. Da ist die Erfahrung, wie viele Mitarbeiter der Generalverwaltung sich weit über das Maß der bloßen Pflicht hinaus engagieren, damit die außerordentlichen Aufgaben dieser Zeit bewältigt werden können. Da ist ebenso die Erfahrung, wie sehr unsere Wissenschaftlichen Mitglieder dazu bereit sind, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen und kooperativ zusammenzuarbeiten. Obwohl den Gelehrten alles, was sie von der Forschung ablenkt, eine besonders zehrende Last ist, sind sie bereit, die Lasten, die aus der Autonomie der Max-Planck-Gesellschaft erwachsen, auf sich zu nehmen und auch darin ihr Bestes zu geben. Ich sage das hier, weil ich meine, unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft können stolz auf diese Max-Planck-Gesellschaft sein, die sich nicht nur durch ihre Forschung, sondern auch durch die Art und Weise bewährt, in der die Forscher die Autonomie, die ihnen anvertraut ist, mit Leben erfüllen.

Endlich begrüße ich jeden, der hier ist – genannt oder ungenannt – um seiner selbst willen.

III.

Die Lage der Max-Planck-Gesellschaft ist durch das Ineinandergreifen und Sich-Überlagern einer Vielzahl dynamischer Prozesse gekennzeichnet.

- Erstens ist die Max-Planck-Gesellschaft kraft ihres Auftrags, herausragenden Gelehrten in ihren Instituten optimale Möglichkeiten zu bieten, um auf wichtigen und neuen Gebieten zu arbeiten, auf beständige Entwicklung angelegt.
- Zweitens verändert sich ihr Umfeld: entwickelt sich die Forschung, verändert sich die Forschungsförderung, verändern sich Gesellschaft und Gemeinwesen, Politik und Recht. Und alles dies schafft unablässig neue Daten für die Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft – für ihre Forschung und für die Bedingungen, unter denen ihre Autonomie sich entfalten kann.
- Drittens wirkt die Max-Planck-Gesellschaft vielfältig auf ihr Umfeld ein: auf die Forschung, auf die Forschungsförderung, auf die Gesellschaft, auf die in ihr lebenden Meinungen und Interessen, auf das Gemeinwesen und auf die Politik. Sie wirkt durch ihre Forschung oder durch die Artikulation ihrer Meinung: ungewollt oder gewollt, in ihrem Sinne oder zuwider. Und sie trägt auf die unterschiedlichste Weise Verantwortung ebenso für das, was sie bewirkt, wie für das, was zu bewirken sie unterläßt.

Dieses Perpetuum mobile der Veränderungen – der eigenen und der fremden, der ausstrahlenden und der einstrahlenden, der partikularen und der gesamthaften Veränderungen – ist immer ein Lebensprinzip der Max-Planck-Gesellschaft. In dieser Zeit ist sie durch die Dynamik der Veränderungen jedoch auf einzigartige Weise herausgefordert. Ich will versuchen, dies an einigen wichtigen Beispielen zu verdeutlichen.

IV.

Beginnen wir mit dem Prozeß der deutschen Einigung. Um den Weg, den die Max-Planck-Gesellschaft im Verlauf der deutschen Einigung zurückgelegt hat, zu skizzieren, müssen wir hinter die Selbstverständlichkeiten von heute noch einmal zurücktreten. Die historische Realität von gestern beschrieb mein Vorgänger, Professor Staab, in der Hauptversammlung vom 22. Juni 1990 wie folgt:

„Wie in vielen anderen Bereichen waren für die Max-Planck-Gesellschaft ‚offizielle‘ Kontakte zur DDR in den vergangenen Jahrzehnten kaum möglich. Mit den meisten anderen Ländern des damaligen sozialistischen Ostblocks bestanden dagegen seit Jahren sehr viel bessere Kontakte. ...; als Folge der unnatürlichen Abgrenzungspolitik der DDR rangierte bis in das letzte Jahr hinein die DDR selbst noch nach Rumänien als Schlußlicht.“

Nicht nur waren die beiden deutschen Staaten geteilt. Die Grenzen der DDR waren auch von extremer Undurchlässigkeit. Und dies ganz besonders auf dem Gebiet der Wissenschaft.

Mit der Öffnung der Grenzen im Herbst 1989 hatte sich dies geändert. Die Max-Planck-Gesellschaft hatte unverzüglich ein Kooperationspro-

gramm in Gang gebracht, das den Instituten erlaubte, auf vielfältige Weise – durch Austausch und Besuche, durch gemeinsame Forschungen und Colloquien, durch Geräte- und Bücherspenden und anderem mehr – mit Forschern und Forschungseinrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenzuarbeiten. Damit trug die Max-Planck-Gesellschaft nicht nur dazu bei, die Grenzen auch in der Wirklichkeit niederzulegen. Sie gliederte sich auch in den vielfältigen Prozeß des Sichkennennlernens ein: des Kennennlernens der Forscher, der Einrichtungen, des Forschungsgeschehens und des Forschungssystems. Gerade die Andersartigkeit des Forschungssystems wurde in den Monaten, die auf die Öffnung der Grenzen folgten, auf immer genauere Weise deutlich.

Die Frage aber, in welcher Weise die beiden deutschen Staaten und ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Systeme sich zueinander verhalten sollten, blieb zunächst offen. Sie blieb länger offen, als heute den meisten erinnerlich ist. Die Hauptversammlung 1990 fiel in diese Phase der Ungewißheit. Das stand der Entwicklung positiver wissenschaftspolitischer Konzepte auch für die Max-Planck-Gesellschaft im Wege. Nur Essentials konnten formuliert werden. Mein Vorgänger, Herr Staab, und ich sprachen übereinstimmend von der wesentlichen Entsprechung zwischen dem Wissenschaftssystem und dem politischen System und also von der Unvereinbarkeit des Forschungssystems der Deutschen Demokratischen Republik mit der Wissenschaftsverfassung, die sich in der Bundesrepublik herausgebildet hatte. Wir warnten vor einer Konvergenz, welche „die Freiheit der Forschung und die Unabhängigkeit unserer Wissenschaftsorganisationen zur Disposition“ stellt (Staab), und forderten, „daß die deutsche Forschung der Zukunft, eingespannt in eine Vielfalt staatlicher und gesellschaftlicher Träger“, kraft eines starken Rückgrats „der Autonomie den Weg der Freiheit und der Leistung gehen kann“ (Zacher).

Elf Tage später, am 3. Juli 1990, mündeten diese Stellungnahmen in die Ergebnisse ein, die eine Begegnung von Repräsentanten der Wissenschaftspolitik und der Wissenschaftsorganisationen aus beiden deutschen Staaten erzielte. Die Forschungsminister des Bundes und der DDR fanden in ihrem Communiqué dafür den folgenden Leitsatz:

„Es wird eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland angestrebt. Sie wird eine differenzierte und an den Grundsätzen der Wissenschaftsfreiheit, des föderalen Staatsaufbaus und der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Struktur mit den Elementen aufweisen, die die Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland heute kennzeichnen.“

Der Einigungsvertrag schrieb, wie Sie wissen, diese Linie dann fort.

In dem Maße, in dem so die Umriss der künftigen Wissenschaftsverfassung des vereinigten Deutschlands sichtbar wurden, konnte auch die Max-Planck-Gesellschaft die Frage angehen, welche Rolle sie darin einnehmen soll. Hierzu vollzog sich ein eingehender und umfassender Prozeß der Diskussion und der Konsensbildung, der schließlich in ein tatkräftiges Ins-Werk-Setzen überging. Wohl nie in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft engagierten sich so viele Wissenschaftler jenseits ihrer eigenen Forschung und so viele Mitarbeiter jenseits ihrer Alltagsarbeit für eine gemeinsame forschungspolitische Aufgabe. Darin fand ein hohes Maß an Verant-

wortungsbewußtsein für die Max-Planck-Gesellschaft und für die Forschung in unserem Gemeinwesen Ausdruck. Nicht weniger war und ist die kollegiale Sorge für die Wissenschaftler in den neuen Bundesländern eine treibende Kraft. Und viele freuten sich, endlich wieder einmal etwas für die alte Heimat tun zu können.

Das Konzept geht von dem Satz aus, daß die Max-Planck-Gesellschaft im vereinigten Deutschland die gleiche Rolle spielen soll und will wie in der alten Bundesrepublik. Das heißt unmittelbar zweierlei: die Max-Planck-Gesellschaft soll auch in den neuen Bundesländern tätig werden; und sie soll durch Institute tätig werden. Ihr Wirkungsprinzip ist das Institut. Auch im Einigungsprozeß handelt sie durch Institute – durch die Institute, die in den alten Bundesländern bestehen, oder durch Institute, die sie in den neuen Bundesländern gründet. Im einzelnen definierte das Konzept drei Ebenen:

- Erstens: die Defizite der DDR-Wissenschaft an internationaler und bin-nendeutscher Kommunikation fordern ebenso wie die schwierigen Forschungsbedingungen in den neuen Bundesländern weiterhin verstärkte Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Max-Planck-Instituten und den Forschern und Einrichtungen in den neuen Bundesländern.

Dem entspricht das schon im Herbst 1989 eröffnete informelle Kooperationsprogramm.

- Zweitens: die Max-Planck-Gesellschaft ist zur Ergänzung der universitären Forschung geschaffen. Ihre Arbeit setzt die Normalität universitärer Forschung voraus. Das Verhältnis der Akademie der Wissenschaften der DDR zu den Universitäten der DDR war anders angelegt. Will die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern die Rolle einnehmen, die sie bisher in den alten Bundesländern eingenommen hat, muß sie einen Beitrag dazu leisten, die Normalität universitärer Forschung zu bekräftigen.

Dem entspricht unser Programm der Arbeitsgruppen. Eine Arbeitsgruppe muß auf die Initiative eines Max-Planck-Instituts zurückgehen, das die Forschungsarbeiten der Arbeitsgruppe dann auch begleitet. Arbeitsgruppen sind darauf angelegt, von den Universitäten, an denen sie eingerichtet sind, integriert zu werden. Sie sind auf fünf Jahre befristet. Sie sollen nur in diesem und im nächsten Jahr, allenfalls noch 1993 errichtet werden. Sie werden also zwischen 1996 und 1998 auslaufen. Danach will die Max-Planck-Gesellschaft sich wieder völlig darauf konzentrieren, Forschung durch ihre Institute und in ihren Instituten zu fördern.

- Drittens: die Max-Planck-Gesellschaft will auch in den neuen Bundesländern Institute – oder, wie üblich, als Vorstufe von Instituten, Projektgruppen – errichten und betreiben. Genauer: sie will auch in den neuen Bundesländern Projektgruppen oder Institute einrichten, um herausragenden Forscherpersönlichkeiten die Arbeit an wichtigen, zukunftssträchtigen Themen der Grundlagenforschung zu ermöglichen. Sie wird dabei Hinweisen des Wissenschaftsrats, daß Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft fortgeführt werden sollten, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Das Konzept wird auf allen drei Ebenen verwirklicht.

- Erstens: die Institute setzen die offene Kooperation mit Forschern in den neuen Bundesländern ideenreich und tatkräftig fort.

- Zweitens: der Senat hat inzwischen 16 Arbeitsgruppen beschlossen. Weitere Vorschläge sind in Arbeit. Sie werden dem Senat im Herbst vorgelegt werden. Mit den Finanzierungsträgern ist ein Rahmen von etwa 25 Arbeitsgruppen abgesprochen.
Die Einrichtung der beschlossenen Arbeitsgruppen an den Universitäten in den neuen Bundesländern ist auf den Weg gebracht. Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt dabei teil an der allgemeinen Erfahrung, daß im Prozeß der deutschen Einigung die Schwierigkeiten fast überall die Vorstellung überschreiten. Doch werden die ersten Arbeitsgruppen bald ins Leben treten können.
 - Drittens: auch mit der Errichtung von Projektgruppen und Instituten in den neuen Bundesländern ist begonnen.
 - Der Wissenschaftsrat hat der Max-Planck-Gesellschaft vorgeschlagen, das Zentralinstitut für Elektronenmikroskopie und Festkörperphysik in Halle in den Grenzen eines Max-Planck-Instituts fortzuführen. Der Senat hat gestern beschlossen, ein entsprechendes Max-Planck-Institut in Halle zu errichten. Die konkrete Umsetzung liegt freilich noch vor uns.
 - Daneben gehen die Beratungen über Neugründungen weiter. Die Sektionen haben Kommissionen eingesetzt, die in den nächsten Monaten eine Reihe von Institutsprojekten vorbereiten werden. Die Themen, die hier natürlich nur unter allem Vorbehalt genannt werden können, sind: Wirtschaftswissenschaften, Pflanzenphysiologie, Enzymologie der Peptidbindung, nichtlineare Dynamik sowie Kolloid- und Grenzflächenforschung. Die Sektionen und der Senat werden, soweit zu sehen, bereits im Herbst imstande sein, zumindest über das eine oder andere dieser Institutsprojekte zu entscheiden. Weitere Vorhaben sind in der Beratung. Ich bin sicher, daß die Sektionen sich im Herbst mit weiteren Vorschlägen befassen können. Die Obergrenze dessen, was wir uns an Projektgruppen oder Instituten vornehmen, kann nicht numerisch angegeben werden. Institut ist nicht gleich Institut. Und der Auftrag der Max-Planck-Institute, wichtige, aussichtsreiche Themen der Grundlagenforschung aufzugreifen, für welche die Kompetenz herausragender Gelehrter in Anspruch genommen werden kann, unterwirft jeden Entscheidungsgang höchst spezifischen Bedingungen. Mit Wahrscheinlichkeit aber ist abzusehen, daß wir mehr Vorhaben beschließen könnten, als uns der Finanz- und Stellenrahmen jemals erlauben werden.
- Jedenfalls: die Max-Planck-Gesellschaft ist bereit, sich den Aufgaben auch weiterhin mit der größten Konzentration zu widmen.

V.

Ist die Max-Planck-Gesellschaft zusammen mit der Gesamtheit der Forschungsträger mit dem Ziel angetreten, daß die bewährten Grundsätze der Forschungsverfassung der Bundesrepublik auch für das vereinigte Deutschland gelten sollen, so zeigt sich nun, daß die Verhältnisse im vereinigten Deutschland eben diese Grundsätze zu verzerren drohen – zumindest die Relationen ihrer realen Relevanz.

Der Einigungsvertrag läßt für die Eingliederung der Forscher und Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften in die Forschungsstrukturen der Bundesrepublik bis zum Ende dieses Jahres Zeit. Aus vielerlei Gründen ist diese Zeit zu kurz, um für alles, was an Potentialen erhalten bleiben soll, überzeugende Lösungen im Rahmen der Forschungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Das mehrt die Gefahr rascher Lösungen, die nicht sachgerecht sind. Auf der einen Seite scheint es dazu zu führen, daß auch dort, wo die Zeichen wissenschaftlich auf Zukunft stehen, statt wissenschaftspolitischer Instrumente sozialpolitische Instrumente eingesetzt werden, um diese Zukunft offen zu halten. Auf der anderen Seite führt es dazu, daß wissenschaftspolitische Instrumente, die sich in ihrer bisherigen Eingrenzung bewährt haben, ausgedehnt und verfremdet werden. Ob es auch für die Entwicklungen gilt, die im Bereich der Großforschungseinrichtungen beabsichtigt sind, muß ich hier offenlassen. Aber sicher gilt das für die vielen Vorschläge des Wissenschaftsrats, Institute der „Blauen Liste“ zu errichten. Und es gilt für die Vorschläge – etwa durch neue gesellschaftsrechtliche Lösungen – neue Typen außeruniversitärer Forschung zu schaffen. Diese Tendenzen sind um so bedenklicher, als auch in den alten Bundesländern das Verlangen laut wird, neue Typen von Forschungseinrichtungen zu ermöglichen. Die wachsenden Studentenzahlen in den alten Bundesländern haben die Möglichkeit, innerhalb der Universitäten für Forschungszentren Raum zu lassen, in dem die Forscher nicht oder nur begrenzt auf die Lehrkapazität angerechnet werden, vergessen lassen. So werden in den Universitäten immer mehr Stimmen laut, die eine Chance für die Forschung nur noch dann sehen, wenn sie außerhalb der Universitäten organisiert wird.

Die Max-Planck-Gesellschaft muß vor den Gefahren einer – weil die Zeit drängt – ungenügend durchdachten Veränderung des Systems der Forschungsorganisation warnen. Sie könnte zu einem Wirkungsverlust ihrer spezifischen Typen und einem Gestaltverlust der gesamten Forschungsverfassung führen. Ich unterschätze die Risiken, die mit mehr Zeit für die Überleitungen der Einrichtungen der ehemaligen DDR in die neuen Strukturen verbunden sind, nicht. Aber ich halte es doch für meine Pflicht, sie in das Gegenlicht der Risiken zu stellen, die mit der Eile verbunden sind.

Vor einem Jahr gab es einen breiten Konsens darüber, daß die Strukturen der Forschungslandschaft der alten Bundesrepublik ein Wert sind. In diesem Sinne hat sie der Einigungsvertrag positiviert. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Wert, indem er positiviert wird, den Höhepunkt seiner Wirksamkeit überschreitet. Es wäre schade um diesen Wert.

VI.

Auch unter einem anderen, viel nüchterneren Aspekt findet die Max-Planck-Gesellschaft die Bedingungen ihrer Arbeit verändert: unter dem Gesichtspunkt des Geldes. Das zentrale Stichwort sind die Kosten der deutschen Einheit. Mit diesem Stichwort sind mehrere Fragen gestellt. Wie wird das Nötige angesetzt? Wie wird es aufgebracht? Wie wird das zusätzlich Aufgebrachte auf die verschiedenen Politikbereiche verteilt? Und wie wird, wenn das Zusätzliche nicht reicht, das Defizit verteilt? Daß es dabei ange-

sichts des Widerspruchs zwischen dem Nötigen und dem Verfügbaren auf die Verteilung der Zuwächse und der Defizite ankommt, ist offensichtlich.

Dabei zählt die Forschung zu den Verlierern. Am deutlichsten wird dies am Bundeshaushalt. Nach allem, was wir bisher über die Arbeiten am Bundeshaushalt 1991 wissen, gehört der Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zu den Haushalten mit den bei weitem geringsten Zuwächsen. Real weist er annähernd ein Nullwachstum auf. Mit anderen Worten: was immer der Bund auf dem Gebiet der Forschung und Technologie in den neuen Bundesländern fördern will, kann er – wenn sich nicht noch Entscheidendes ändert – nur, indem er das Geld in den alten Bundesländern einspart. Auch in den Ländern hat die deutsche Einheit den Wind gegen die Forschung gedreht. Die finanziellen Schwierigkeiten der neuen Länder sind evident. Und die alten Länder müssen ihren Anteil an den Kosten der Einheit irgendwo einsparen. Auch sie schauen dabei auf die Forschung. Vor allem die Gemeinschaftsfinanzierung fällt ihnen, wenn das Geld nicht wieder im eigenen Land ausgegeben wird, noch schwerer als sonst.

Für die Max-Planck-Gesellschaft ergibt sich daraus eine zwiespältige Situation. Auf der einen Seite sind die finanziellen Perspektiven für das, was die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern plant, ermutigend. Dafür sind wir dankbar – auch im Namen aller Wissenschaftler in den neuen Bundesländern, denen das Hoffnung gibt. Auf der anderen Seite stellt sich auch für die Max-Planck-Gesellschaft die Frage, inwieweit ihr das, was ihr für die neuen Bundesländer zugeteilt wird, in den alten Bundesländern fehlen wird. Die Max-Planck-Gesellschaft verkennt dabei nicht ihr besonderes Privileg. Im Dezember 1989 haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder beschlossen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft für fünf Jahre eine Haushaltsmehrung von jährlich fünf vom Hundert zu garantieren. Für diese Zusage sind wir nach wie vor dankbar. Das darf die Max-Planck-Gesellschaft aber nicht abhalten, auf die Relativität dieses Privilegs aufmerksam zu machen. Wir durften annehmen, daß es einer realen Haushaltsmehrung von jährlich zwei vom Hundert entsprechen sollte. Mittlerweile aber haben Tarifabschlüsse und Preissteigerungen aus dem nominellen Plus ein reales Minus gemacht. Und das, obwohl die Max-Planck-Gesellschaft im Vertrauen auf ein verlässliches Haushalts-Mehr drei neue Institute beschlossen und aufzubauen begonnen hat, die seit langem nicht nur wissenschaftlich diskutiert worden waren, sondern auch auf den drängenden Wunschzetteln der Politiker und der Öffentlichkeit standen. Und das, obwohl eine ganze Generation unserer Gebäude in die Jahre gekommen ist, Ersatz braucht, ja vielfach unbenutzbar geworden ist. Und das, obwohl die Kosten der Forschungstechnik exponentiell jenseits aller Teuerungsraten wachsen. Alle unsere Bitten, die Zusage nominellen Wachstums wenigstens teilweise real einzulösen, alle unsere Bitten, uns durch ein Bau-Sonderprogramm vor dem „Aus“ für ganze Abteilungen oder auch Institute zu bewahren, wurden bisher Opfer der Schwäche der Forschung im finanzpolitischen Verteilungskampf – jener Schwäche, die in den aktuellen Turbulenzen, die uns alle immer wieder staunen lassen, warum wo auf einmal die Milliarden sind und warum wo auf einmal die Millionen nicht sind, die denkbar größte und das heißt nachteiligste Wirkung zu entfalten scheint. Aus der Zusage des Zuwachses droht eine Grenze der Schrumpfung zu werden. In einer nächsten Phase ist mit einem Rückgang

der Projektmittel zu rechnen. Die Schere zwischen den steigenden Kosten auf der einen Seite und den sinkenden Mitteln auf der anderen Seite wird sich so auf immer bedrohlichere, immer schädlichere Weise weiter öffnen.

In dieser Lage muß die Max-Planck-Gesellschaft für sich und für die Forschung in der Bundesrepublik insgesamt auf die heimtückische Gefahr hinweisen, die darin besteht, an der Forschung zu sparen. Das ist so leicht getan. Aber die Vernachlässigung wird sich rächen. Die Probleme werden schneller wachsen als die Möglichkeiten der Lösung – auch die Probleme, die aus dem Vorsprung jener Nationen erwachsen, die nicht an der Forschung sparen. In dieser Zeit ist so viel von der Verantwortung für die Zukunft die Rede. Die Verantwortung für die Forschung ist nicht davon zu lösen. Da wird jedes Versäumnis zu Buche schlagen – auch wenn die Unterlassung im Augenblick ganz unmerklich erscheint.

VII.

Ich muß damit die Beispiele dafür, wie sehr die Max-Planck-Gesellschaft als ein *movens motor* in *moventibus* eingespannt ist in Bedingungen, die sich verändern und für deren Veränderung sie mit Verantwortung trägt, hier abbrechen. Es fällt mir deshalb besonders schwer, weil der Prozeß der deutschen Einigung derzeit zwar die aktuellste, keineswegs aber die einzige große Herausforderung ist, vor der die Max-Planck-Gesellschaft steht. Denken wir an die Europäische Gemeinschaft. Hier wird der Widerspruch zwischen der wachsenden forschungspolitischen Aktivität der europäischen Autoritäten und dem Fehlen europäischer Forschungsstrukturen immer größer. Denken wir an die Probleme, die sich in den sich entsozialisierenden Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas stellen. Denken wir an die vielschichtigen Probleme weltweiter internationaler Zusammenarbeit. Denken wir an das Meer der Widersprüche zwischen Forschungshoffnung und Forschungsphobie in unserem Lande. Denken wir an das, was zumeist noch als Frauenfragen diskutiert wird, während es sich immer deutlicher eigentlich um Familienfragen handelt. Nichts davon kann die Max-Planck-Gesellschaft auf sich beruhen lassen. Sie ist unentrinnbar in die vieldimensionale Dynamik der Veränderungen ihrer selbst und ihrer Umwelt eingespannt.

Dabei liegt ihr eigentlicher Auftrag doch allem voraus: die menschliche Erkenntnis auf elementare Weise zu mehren. Dies zu tun und nur dies tun zu müssen, ist natürliche Sehnsucht und Auftrag eines jeden Gelehrten. Und dies immer neu zu ermöglichen, ist die Idee der Max-Planck-Gesellschaft.

Ich möchte schließen, indem ich allen, die in der Max-Planck-Gesellschaft die Anstrengung auf sich nehmen, diese oft schwer erträgliche Spannung auszuhalten, einen ganz besonderen Dank sage. Und ich möchte allen in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik danken, die mit uns darin zusammenarbeiten, daß die Veränderungen verträglich bleiben und daß sie zum Besseren gedeihen. Nicht um die Glorie der Max-Planck-Gesellschaft geht es dabei, sondern um die Sache, der sie dient: daß immer, wo wir etwas Neues richtig wissen oder von etwas Altem auf neue Weise wissen, daß es richtig ist, die Gesamtheit unseres Wissens richtiger wird. Und das haben wir, das hat die Menschheit so nötig.